«Vielleicht kam das etwas missverständlich rüber»

Zuger Finanzdirektor Heinz Tännler präzisiert seine Äusserungen zur Firma Eurochem.

Herr Tännler, der Kanton Zug machte letztes Jahr fast 300 Millionen Franken Gewinn. Welchen Anteil am Steuersubstrat haben Personen und Firmen mit Bezug zu Russland?
Wir haben das für das Steuerjahr 2020 mal grob geschätzt. Wir gehen davon aus, dass wir gegen

Heinz Tännler
Finanzdirektor
des Kantons Zug

300 natürliche Personen und 20 bis 30 Firmen mit Russlandbezug bei uns im Kanton haben. Diese zahlten schätzungsweise rund 60 Millionen Steuern an Bund, Kanton und Gemeinde.

Ihnen wurde der Vorwurf gemacht, Sie würden die Interessen des Kantons Zug über die Interessen der Kriegsbekämpfung via Sanktionen stellen. Was sagen Sie dazu?
Das stimmt selbstverständlich nicht. Wir sind uns bewusst, dass wir hier eine Verantwortung haben, und die nehmen wir auch wahr. Es gab am Anfang Diskussionen darüber, wie die Sanktionsverordnung vom Seco auszulegen ist. Die Kantone wussten nicht, was sie genau machen müssen. Da wurden wir etwas auf dem linken Fuss erwischt. Sobald die offenen Fragen mit dem Bund geklärt waren, haben wir die Sanktionslisten subito und sehr seriös geprüft.

Sind den Behörden die Besitzer von Firmen denn immer namentlich bekannt?
Nein, da haben wir keinen Zugang. Eine solche Transparenz gibt es in der Schweiz nicht. Das macht es für uns insbesondere bei grossen Firmen und komplexen Strukturen schwierig.

Trotz des Unwissens sagten Sie öffentlich, Ihre Abklärungen hätten gezeigt, dass die in Zug domizilierte Firma Eurochem «überhaupt nichts mit Russland zu tun habe». Wie kamen Sie auf diese Aussage?
Mir wurde mitgeteilt, dass das Seco eine schriftliche Bestätigung abgegeben hat, dass die Firma Eurochem keinen Bezug zu Russland hat.

Nun stellt sich heraus, dass der sanktionierte Andrei Melnitschenko Eurochem einfach seiner Frau Alexandra abgetreten hat. Was sagen Sie dazu?
Das war mir bislang nicht bekannt. Mir war nur bekannt, dass das Seco die Bestätigung abgegeben hat, dass Eurochem nicht auf der Sanktionsliste ist und es offenbar keinen Russlandbezug gibt. So war meine Aussage auch gemeint: dass die Firma nicht in Verbindung zu einer sanktionierten Person steht. Vielleicht kam das etwas missverständlich rüber.

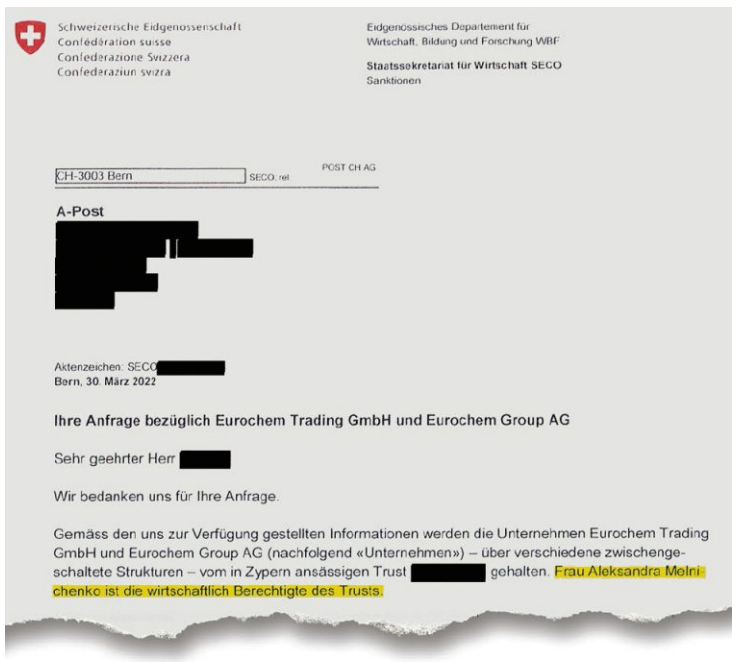
Können Sie verstehen, dass die Vorgänge rund um Eurochem als Mogelpackung wirken?
Das müssen Sie mit dem Seco diskutieren. Das Seco übergibt uns die Sanktionslisten, und wir gleichen diese mit unseren Registern ab. Das haben wir tadellos gemacht und damit unsere Aufgabe erfüllt.

Sollte die Transparenz bei den Eigentümern von Firmen in der Schweiz erhöht werden?
Ich bin der Meinung, dass das Parlament in Bern die Einführung eines Eigentümerregisters für alle Firmen prüfen sollte. Die

> «Für die lückenlose Umsetzung der Sanktionen ist die fehlende Transparenz ein Problem.»

meisten europäischen Länder kennen ein solches bereits. Die Situation, wie wir sie in der Schweiz haben, mag zwar vorteilhaft für Klienten sein, lässt sich aber längerfristig wohl nicht erhalten. Für die lückenlose Umsetzung der Sanktionen ist die fehlende Transparenz ein Problem. Es wäre für die Schweiz besser, das proaktiv anzugehen, als es dann von aussen diktiert zu bekommen.

Christian Brönnimann



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
Sanktionen

CH-3003 Bern SECO, rel POST CH AG

A-Post
[redacted]

Aktenzeichen: SECO [redacted]
Bern, 30. März 2022

Ihre Anfrage bezüglich Eurochem Trading GmbH und Eurochem Group AG

Sehr geehrter Herr [redacted]

Wir bedanken uns für Ihre Anfrage.

Gemäss den uns zur Verfügung gestellten Informationen werden die Unternehmen Eurochem Trading GmbH und Eurochem Group AG (nachfolgend «Unternehmen») – über verschiedene zwischengeschaltete Strukturen – vom in Zypern ansässigen Trust [redacted] gehalten. Frau Aleksandra Melnitchenko ist die wirtschaftlich Berechtigte des Trusts.

Ausriss aus dem Schreiben des Seco an die Zürcher Anwaltskanzlei.

Die Firma an die Frau – un

Trick gegen Massnahmen Kurz bevor der russische Oligarch Andrei Melnitschenko sanktioniert Der Bund akzeptierte und deckte dieses Vorgehen.

Christian Brönnimann und **Oliver Zihlmann**

Am 23. März sieht die ganze Schweiz, was Heinz Tännler von den Russland-Sanktionen des Westens hält. SRF zeigt den Zuger SVP-Finanzdirektor, wie er – anscheinend überrumpelt – davon erfährt, dass Behörden die Vermögen von sanktionierten Russen aufspüren sollten. «Es ist doch nicht an uns, jetzt jede Firma abzuklappern und zu schauen: Ist da alles in Ordnung?», sagt Tännler leicht genervt in die Kamera. «Ich muss nicht wie ein Detektiv dem nachgehen.»

Tännlers Auftritt befeuert die Debatte, wie aktiv Behörden nach Vermögenswerten sanktionierter Russinnen und Russen suchen sollen. Wiederholt zum Thema wird in diesen Tagen der Düngemittel-Gigant Eurochem mit Hauptsitz in Zug.

Die Firma mit einem Jahresumsatz von zuletzt 10 Milliarden Dollar gehörte Andrei Melnitschenko, einem der reichsten Oligarchen überhaupt. Mitte März kam sein Name auf die Sanktionslisten der Europäischen Union und der Schweiz. Melnitschenko, mit Wohnsitz und Luxuschalet in St. Moritz, gehöre «zum einflussreichsten Zirkel russischer Geschäftsmänner mit engen Beziehungen zur Regierung», schreibt das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco). Er war auch einer der ausgewählten Oligarchen, die Präsident Putin am Tag des Einmarsches in die Ukraine um sich scharte, um Geschlossenheit zu demonstrieren.

Alexandra Melnitschenko als neue Begünstigte

Weil Eurochem Melnitschenko gehörte, sperrten UBS und Credit Suisse der Firma vorübergehend Konten. Zinszahlungen für Anleihen konnte Eurochem wochenlang nicht ausrichten, weil die US-Bank Citigroup die Transfers aus Angst vor einem Sanktionsbruch blockierte.

Doch schon am 21. April gibt der Zuger Regierungsrat Tännler Entwarnung. Man habe nun doch «minutiös» recherchiert und dabei keine Treffer gefunden, sagt er im SRF-«Regionaljournal». Das heisst: Im Kanton Zug seien keine sanktionierten Personen oder Firmen ansässig. «Ich gebe ein Beispiel: Wir konnten klarstellen, dass Eurochem überhaupt nichts mit Russland zu tun hat.»

Wirklich nicht?

Kurz bevor Melnitschenko Mitte März auf die Sanktionslisten kam, teilte Eurochem öffentlich mit, dass er als Verwaltungsrat abtrete und sich auch als «Hauptbegünstigter» der Firma zurückziehe. Die Firma verkündete später, dass sie nun wieder normal funktionieren könne. Vielerorts wurde das so interpretiert, dass Melnitschenko seine Eurochem-Aktien verkauft habe. Er habe seine Firmenanteile «reduziert», schrieb etwa die NZZ.

Doch vertrauliche Dokumente zeigen nun, was tatsächlich passierte. Andrei Melnitschenko hielt seine 90-Prozent-Beteiligung an Eurochem in einem Trust in Zypern. Ein paar Tage vor seiner Sanktionierung, am

> «Der Fall zeigt, dass die Wirkung von Sanktionen immer begrenzt ist.»
>
> **Daniel Thelesklaf**
> Ex-Leiter der Liechtensteiner Geldwäscherei-Meldestelle

8. März 2022, zog er sich einfach als Begünstigter von diesem Trust zurück. Neue Begünstigte wurde seine Frau Alexandra Melnitschenko, ehemaliges Model und Girlband-Mitglied.

Die Anwälte des Ehepaars Melnitschenko sowie der Firma Eurochem bestätigen, dass Frau Melnitschenko auch heute noch die Begünstigte des Trusts ist. Sie bestreiten aber, dass damit Sanktionen ausgehebelt wurden. Diese Frage stelle sich gar nicht: «Zum Zeitpunkt des Rückzugs von Herrn Melnitschenko als Begünstigter des Trusts war er keine sanktionierte Person.»

Für dieses Manöver erhielt der Oligarch sogar einen Freibrief vom Bund. Das Seco, zuständig für die Überwachung der Russland-Sanktionen, liess sich über die neuen Besitzverhältnisse informieren. Sodann setzte es sein Gütesiegel darunter. «Frau Alexandra Melnitschenko ist die wirtschaftlich Berechtigte des Trusts», schrieb der stellvertretende Leiter des Ressorts Sanktionen des Seco am 30. März in einem Schreiben an eine Zürcher Anwaltskanzlei. Damit bestätige das Seco «gerne», dass es «über keine faktenbasierten, schlüssigen Beweise» dafür verfüge, dass sich Eurochem «im Eigentum oder unter der Kontrolle einer sanktionierten Person» befinde.

Keine Kontrolle dank zypriotischem Trust

Auf Anfrage schreibt das Seco, der Entschluss, Eurochem nicht als sanktioniertes Unternehmen zu betrachten, sei nach «umfangreichen Abklärungen und Diskussionen» gefallen.

Dank dem Freibrief des Seco wurden Konten und Zahlungen von Eurochem deblockiert. Heute läuft wieder alles so wie vor den Sanktionen – mit dem kleinen Unterschied, dass nun Frau statt Herr Melnitschenko Begünstigte des Trusts ist, der 90 Prozent von Eurochem hält.

Banken und Experten weisen darauf hin, dass dieses Vorgehen in der Schweiz wohl durchaus legal ist, auch wenn sich die Frage stelle, ob das politisch so gewollt sei. Sanktioniert sind nämlich nur die auf den Listen genannten Personen, nicht deren Verwandte und deren Familie. Und selbst von den Sanktionierten werden nur Vermögenswerte gesperrt, die in deren «Eigentum» oder unter ihrer «Kontrolle» sind.

Der russische Oligarch Andrei Melnitschenko mit seiner Frau Alexandra 2009

d das Problem ist gelöst

wurde, übertrug er seine Schweizer Firma mit Milliardenumsatz einfach seiner Frau.

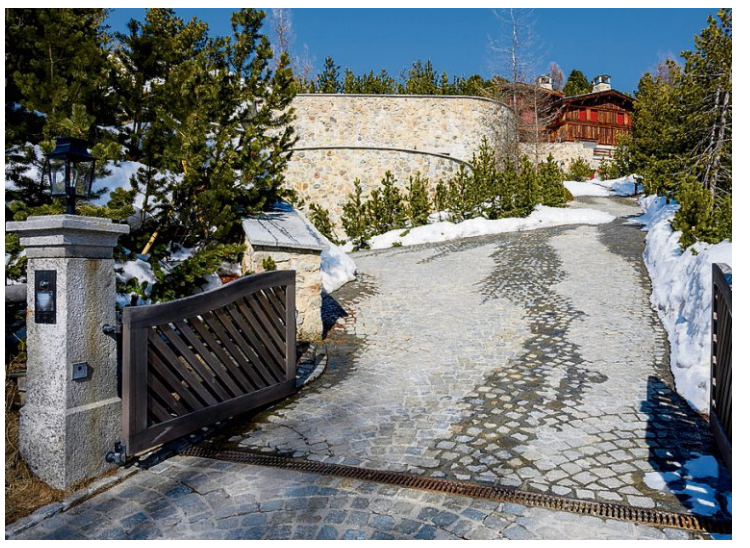
an einem Anlass in London. Foto: Sipa, Dukas

Kontrolliert wird Eurochem aber letztlich vom Trust in Zypern. Frau Melnitschenko ist zwar die Begünstigte, doch in so einem Konstrukt liegt die eigentliche Kontrolle über die Vermögen bei einem speziellen Verwalter, dem sogenannten Trustee. Eurochem ist also streng genommen nicht «unter der Kontrolle» der Melnitschenkos. Das schätzt offenbar auch das Seco so ein. Es schreibt: «Auch Vermögenswerte, von denen anzunehmen ist, dass diese via nicht sanktionierte Familienmitglieder einer sanktionierten Person kontrolliert werden», müssten gemeldet und gesperrt werden.

Die fehlende Kontrolle macht die Konstellation aber nicht weniger heikel.

«Solche Konstrukte wie der Wechsel des Begünstigten eines Trusts kommen mir bekannt vor: Oft wird damit versucht, Sanktionen zu umgehen», sagt Daniel Thelesklaf. Als früherer Leiter der Liechtensteiner Geldwäscherei-Meldestelle war er auch mit der Umsetzung von Sanktionen betraut. «Das Seco muss das nun genau im Auge behalten und mit Vor-Ort-Prüfungen sicherstellen, dass dies nicht geschehen wird. Eine Umgehung der Sanktionen wäre es dann, wenn Frau Melnitschenko Vermögenswerte wie Dividenden von Eurochem erhalten und diese dann Herrn Melnitschenko zugänglich machen würde.»

Das Seco teilt mit, Eurochem und deren Management hätten schriftlich zugesichert, «dass die Schweizer Sanktionsmassnahmen vollumfänglich eingehalten werden und insbesondere keine



Der Wohnsitz des Ehepaars in St. Moritz. Foto: Giancarlo Cattaneo (Fotoswiss)

Sanktioniert sind nur die auf den Listen genannten Personen, nicht deren Verwandte und deren Familie.

Gelder oder wirtschaftlichen Ressourcen an sanktionierte Personen zur Verfügung gestellt werden». Die Anwälte von Eurochem bestätigen, dass die Firma keine Dividenden an Alexandra Melnitschenko auszahlen darf.

Für Thelesklaf ist wichtig, dass der Bund die EU-Behörden über die neuen Besitzverhältnisse von Eurochem informiert. Da die Schweiz selber keine Sanktionen verhängt, müsse nun die EU entscheiden, ob Frau Melnitschenko auf die Sanktionslisten aufgenommen werden solle. Ob das Seco dies im Fall Melnitschenko getan hat, gibt es nicht bekannt.

Aus Deutschland ist ein ähnlich gelagerter Fall bekannt – und der führte gar zu Ermittlungen der Justiz. Der zeitgleich mit Melnitschenko sanktionierte Oligarch Alexei Mordaschow überschrieb Anfang März ein grosses Aktienpaket des deutschen Reiseanbieters TUI an die Mutter seiner Kinder.

«Das ist wie ein Katz-und-Maus-Spiel»

Als dies bekannt wurde, leitete die Staatsanwaltschaft Hannover ein Prüfverfahren ein, um festzustellen, ob ein Anfangsverdacht für eine strafbare Handlung gegen Mordaschow vorliegt. Der Fall wurde schliesslich eingestellt, weil der allfällige Tatort in Zypern war, und nicht in Deutschland.

Für Expertinnen werfen solche Manöver grundsätzliche Fragen auf: «Das scheint mir eine klare Schwachstelle der Sanktionen zu sein, die geradezu einlädt dazu, die Sanktionen elegant zu umgehen», sagt Gretta Fenner, Geschäftsführerin des Basel Institute on Governance, das im Auftrag von zahlreichen Regierungen versteckte Vermögen weltweit aufspürt. Das Manöver scheine zwar juristisch korrekt zu sein, «aber politisch kann dies kaum im Sinn des Erfinders gewesen sein», sagt Fenner. «Es scheint also empfehlenswert zu sein, die relevanten Gesetze und Anwendungsbestimmungen genau zu überprüfen, um in Zukunft solche Spielereien verhindern zu können.»

Andrei Melnitschenko hingegen sagt, es gebe «keinerlei Rechtfertigung dafür, ihn auf irgendwelche Sanktionslisten zu setzen». Es sei «absurd und unsinnig», eine Parallele zu ziehen zwischen seiner Teilnahme an einem Treffen mit Putin und dem russischen Vorgehen gegen die Ukraine – zumal er sich für die Beendigung des «Konfliktes» ausgesprochen habe. Er legt gegen die Sanktionen Berufung ein.

Daniel Thelesklaf erachtet es nun als entscheidend, dass der Bund in diesem Fall am Ball bleibt. «Der Fall zeigt, dass die Wirkung von Sanktionen immer begrenzt ist und dass die Behörden ständig prüfen müssen, ob die Sanktionen angepasst werden müssen, etwa mit der Erweiterung des sanktionierten Personenkreises», sagt er. «Das ist wie ein Katz-und-Maus-Spiel.»

Kommentar

Die Heimlichtuerei des Bundes mit den Oligarchen schadet der Schweiz

Der Fall Melnitschenko wirft eine grundsätzliche Frage auf, über die man in der Schweiz bisher noch kaum vertieft diskutiert hat. Wollen wir, dass sanktionierte Oligarchen die Aktien ihrer Firmen verkaufen müssen?

Roman Abramowitsch zum Beispiel will seinen FC Chelsea unter dem Druck britischer Sanktionen loswerden. Gennady Timtschenko musste früher schon seine Anteile am Genfer Ölriesen Gunvor abtreten.
In Politik und Öffentlichkeit kommt das jeweils gut an. Sanktionierte Oligarchen sollen nicht nur ihre Jachten und Villen verlieren, sondern eben auch ihre Firmen, so der Tenor.

Doch jetzt sehen wir plötzlich, wie ein sanktionierter Russe hinter den Kulissen eine milliardenschwere Firmenbeteiligung einfach mit einem Federstrich an seine nicht sanktionierte Ehefrau überschreibt. Die Firma – sie bleibt in der Familie.

Das kann nicht der Sinn der Sache sein. Wenn man Vermögenswerte so einfach in der Familie halten kann, was bringen dann die Sanktionen überhaupt noch?

Solche Manöver zu verbieten, ist aber auch nicht einfach. Sanktionen sind für einzelne Personen und Firmen vorgesehen. Um die Weitergabe in der Familie zu verhindern, müsste man systematisch Ehefrauen, Kinder und Verwandte mitsanktionieren. Da stellt sich rasch die Frage, bei welchem Onkel man dann aufhört.

Und die Rechtfertigungen für Sanktionen sind nicht immer leicht. So ist zum Beispiel nicht nachvollziehbar, warum Frau Melnitschenko nicht sanktioniert ist, dafür der Sohn des Stahl-Oligarchen Pumpianski, der Schweizer ist und mit seinen drei Kindern in Genf lebt.

Wie auch immer diese Debatte ausgeht: Sie kann heute überhaupt nur geführt werden, weil die Informationen über die Manöver der Oligarchen von den Medien an die Öffentlichkeit gebracht wurden. Das war

Warum braucht es immer wieder die Medien, um das öffentlich zu machen?

schon in einem ähnlichen Fall in Deutschland so: Als der ebenfalls sanktionierte Oligarch Alexei Mordaschow im März ein grosses Aktienpaket am Reisekonzern TUI an eine Offshorefirma verschob, hatte er nicht erwähnt, wer diese kontrolliert. Es waren Investigativreporter, die dank dem Datenleck Pandora Papers enthüllen konnten, dass die Mutter von Mordaschows Kindern hier in die Kränze kam. Nur dank den Journalisten ist die Frau inzwischen vorgesehen für die nächste Runde der EU-Sanktionen.

Auch Andrei Melnitschenko hatte nur verkündet, er sei als Begünstigter der Firma Eurochem «zurückgetreten». Dass einfach seine Frau an seine Stelle trat, hatte er vergessen zu erwähnen. Es stellt sich die Frage: Warum braucht es immer wieder die Medien, um das öffentlich zu machen?

Das Seco wusste von diesem Manöver, doch auch aus der Verwaltung kam kein Anstoss für eine vertiefte Debatte, ob man so etwas zulassen soll.

Es ist befremdend, dass wir nur dank journalistischen Enthüllungen über diese entscheidenden Aspekte der Sanktionen debattieren können. Die Oligarchen bestätigen mit ihren verborgenen Manövern über Trusts und Offshorefirmen einmal mehr alle Klischees. Aber weil der Bund sich an der Heimlichtuerei beteiligte, steht er nun da wie der nützliche Helfer der sanktionierten Russen. Das schadet dem Ansehen des Landes. Einmal mehr.

Oliver Zihlmann

Château Gütsch-Besitzer sass an Putins Seite

Heikle Nähe Ein Foto bringt Hotelbesitzer Kirill Androssow in Verlegenheit.

Es war eine Inszenierung, wie sie Wladimir Putin liebt. Ein langer Tisch, eine Gruppe von Geschäftsleuten, die wie Schuljungen bei einer Prüfung vor dem russischen Präsidenten ihren Text aufsagten, unterbrochen von Putins manchmal aufmunternden, manchmal sarkastischen Bemerkungen. Dazu Kameraleute, Fotografen, Journalisten, die alles mitfilmen, alles aufschreiben durften.

Dieses Treffen Putins mit schwerreichen Unternehmern des Finanz- und IT-Sektors fand in der privaten Residenz des Präsidenten, Nowo-Ogarjowo, am 11. März 2020 statt. Unter den neun Teilnehmern war auch der ehemalige Vorstandsvorsitzende der russischen Eisenbahnen und der Fluggesellschaft Aeroflot, Kirill Androssow. Wenige Monate später kaufte der heute 49-Jährige in Luzern das geschichtsträchtige Luxushotel Château Gütsch.

Androssow machte Geschäfte mit Oligarchen, die inzwischen sanktioniert sind.

Weder Androssow selbst noch seine Schweizer Firma seien von Sanktionen betroffen, betont der Luzerner Anwalt des russischen Unternehmers gegenüber Tamedia. Doch das Foto rückt Androssow nun in die Nähe des Kremls. Viele Oligarchen wurden sanktioniert, weil sie an der Seite Putins auftraten. Und Androssow machte Geschäfte mit Oligarchen, die inzwischen sanktioniert sind. So verhängten Ende März die USA und Grossbritannien Sanktionen gegen den Chef der russischen Sberbank, German Gref. Der ehemalige Wirtschaftsminister Gref war Androssows Geschäftspartner.

Androssow selbst versuchte in den vergangenen Jahren zumindest im virtuellen Raum von Putin abzurücken. Wie die «SonntagsZeitung» enthüllte, heuerte er über eine Offshorefirma ab 2019 die Genfer Firma Global Risk Profile (GRP) an, um die Darstellung seiner Person im Internet zu optimieren. Störend empfand er offenbar Hinweise auf seine Tätigkeit im Kreml von 2008 bis 2010 als stellvertretender Stabschef. Unter anderem wurde Androssow auf Twitter als «Putins Leutnant» bezeichnet.

Optimierung im Netz für 153'000 Franken

Im Angebot, das Tamedia vorliegt, versprach GRP dem prominenten Kunden, solche «problematischen Inhalte» durch Meldungen zu seinen geschäftlichen Errungenschaften zu ersetzen. Die Kosten: 153'000 Franken. GRP sei zu jenem Zeitpunkt lediglich mit Aktualisierung und Präzisierung beauftragt worden, liess Androssow damals über seine Anwälte mitteilen. Das sei «ein übliches Vorgehen von Personen des öffentlichen Lebens».

Das Foto aus Putins Residenz zeigt nun, dass der spätere Schweizer Hotelbesitzer noch 2020 gute Beziehungen zur russischen Staatsspitze hatte. Androssow sitzt beim Treffen am 11. März nicht bei den Unternehmern, die dem Präsidenten brav ihre Berichte aufsagen. Er sitzt ihnen gegenüber, direkt neben dem russischen Regierungschef Michail Mischustin, zwei Plätze neben Wladimir Putin.

Im Gegensatz zu den anderen Unternehmern muss Androssow auch keinen Vortrag halten. Im Video der gesamten Veranstaltung, das auf der Website des Kreml veröffentlicht wurde, wirkt es so, als würde Androssow ebenfalls die Regierung vertreten – so wie seine Sitznachbarn.

Die Bitte um ein Gespräch mit ihm beantwortet sein Schweizer Anwalt nicht und verweist auf seine eigene Aussage zum selben Thema im Luzerner Kulturmagazin «041»: Androssows Rat werde «nicht nur in Russland sehr gesucht und geschätzt». Wie Androssow über den russischen Angriff auf die Ukraine denkt, teilte der Anwalt vor einiger Zeit der «Luzerner Zeitung» mit. Androssow distanziere sich «in aller Form von Moskaus rechtswidrigem Überfall auf die Ukraine».

Bernhard Odehnal

Putin-Residenz, 11. März 2020: Kirill Androssow (links) neben Russlands Regierungschef und dem Präsidenten. Foto: Alexei Nikolsky / Kremlin Pool

Tätowierer verschob 200

Recherche zu Russengeldern Eine ganze Schar von Strohleuten aus Luzern half während zehn Milliarden des Putin-nahen Oligarchen Suleiman Kerimov und seiner Familie zu verschieben.

Christian Brönnimann und **Oliver Zihlmann**

Wie schwierig – ja bizarr – die Recherchen zu den Milliardenvermögen von Oligarchen ist, zeigt der Fall von Suleiman Kerimow. Der Milliardär ist ein Verbündeter von Putin und seit kurzem auch in der Schweiz sanktioniert. Wo er sein Vermögen heute hält, ist unklar, doch die Spuren seiner früheren Millionengeschäfte führen unter anderem ins Studio eines älteren Tätowierers – mitten in Luzern.

Dokumente aus verschiedenen Datenlecks zeigen, dass der Künstler mit einem kleinen Betrieb 2013 und 2014 rund 200 Millionen Dollar an Firmen von Kerimow oder dessen nahen Familienmitgliedern verschob. Er benutzte dazu eine Briefkastenfirma auf den Britischen Jungferninseln mit einem Dollar-Konto im lettischen Riga.

200 Millionen?

Der Mann hat zwar ein eigenes Studio. Doch selbst wenn er dort täglich zehn Stunden an seiner Maschine sitzt, müsste er den Menschen Tausende Jahre lang Farbe unter die Haut spritzen, bis er die 200 Millionen in seiner Karibik-Firma zusammenhätte. Warum schickt der Luzerner überhaupt eine solche Riesensumme an einen russischen Oligarchen und dessen Familie? Irgendetwas geht hier nicht auf.

«Formular ist eindeutig»

Das Recherchedesk von Tamedia hat das Formular, das den Luzerner als Besitzer der Briefkastenfirma ausweist, drei Experten gezeigt. Das Dokument zeigt unmissverständlich, dass der Tätowierer nicht nur Aktionär, sondern auch «der wahre und einzige wirtschaftliche Berechtigte» der Firma war, die die Millionen schickte. Das sagt Martin Kenney, Anwalt und Finanzexperte von den Jungferninseln, wo die Firma eingeschrieben ist. Gleiches sagt David Zollinger, Anwalt und Experte für das Geldwäschereigesetz. «Das Formular ist eindeutig und klar», bestätigt auch Daniel Thelesklaf, früherer Leiter der Schweizer Meldestelle für Geldwäscherei. «Wer das falsch versteht, hat in diesem Geschäft nichts zu suchen.»

Ein Besuch im Tattoo-Studio soll Klarheit schaffen. Der Tätowierer verstummt, kaum sieht er die Unterlagen über die Millionentransfers. Die Firmendokumente tragen seine Unterschrift. Er schaut etwas hilflos, ist nicht bereit, das Rätsel zu lösen. Schliesslich verweist er auf seinen Treuhänder. Man solle doch ihn fragen.

Suleiman Kerimow ist seit 2018 in den USA und seit Mitte März dieses Jahres auch in der EU und der Schweiz sanktioniert. Am Tag des Einmarsches der russischen Truppen trat er mit anderen ausgewählten Oligarchen gemeinsam mit Putin vor die Kameras. Das zeige, dass er «nahe» am russischen Präsidenten sei und dessen Vorgehen gegen die Ukraine «unterstützt», schreibt das Staatssekretariat für Wirtschaft. Ausserdem habe er grosse Summen direkt vom «Verwalter von Wladimir Putins Reichtum» erhalten. Mit einem geschätzten Vermögen von über 10 Milliarden Dollar aus Firmenbeteiligungen und Rohstoffen gehört Kerimow zu den reichsten Russen überhaupt. Er sitzt auch im russischen Parlament.

Bislang ist nicht bekannt, ob Vermögenswerte von Kerimow beschlagnahmt wurden. Gemeinsam mit internationalen Partnern hat das Recherchedesk von Tamedia nun in verschiedenen Datenlecks nach früheren Geldflüssen im Umfeld des Oligarchen gesucht. Die neusten Dokumente stammen aus dem Jahr 2018. Wo heute welche Vermögenswerte liegen, lässt sich damit also nicht sagen. Aber die geheimen Dokumente offenbaren die Methoden, die für das grosse Geldverschieben genutzt wurden.

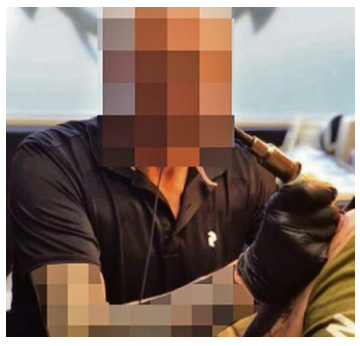
Zwei Dutzend Strohleute

Der Treuhänder des Tätowierers ist der vermögende Luzerner Alexander Studhalter. Er führt die Finanzboutique seines Vaters in zweiter Generation und ist ein Freund von Oligarch Kerimow. Studhalter richtet aus, die Briefkastenfirma des Tätowierers habe ihm selber gehört. Er habe bis 2013 in gemeinsame Projekte mit Kerimow investiert. «Beim Serviceprovider und bei den involvierten Banken wurde Alexander Studhalter als wirtschaftlich Berechtigter deklariert», so ein Sprecher. Eine Trust-Erklärung weise das eindeutig aus.

Die befragten Finanzexperten überzeugt das nicht. Das Formular mache «klar falsche Angaben», sagt Anwalt Kenney. Und solche Unstimmigkeiten sind keine Bagatellen. «Es ist grundsätzlich sehr heikel, einen falschen wirtschaftlich Berechtigten in ein Dokument einzutragen und dieses dann zu verwenden», sagt Rechtsexperte David Zollinger, «selbst wenn das dann in anderen Doku-

Enge Geschäftsbeziehungen in die Schweiz: Suleyman Kerimow. Foto: EPA

Financier, Treuhänder und Kerimow-Freund Alexander Studhalter. Foto: www.swissiag.ch



Der Luzerner Tätowierer, der als Strohmann Hunderte Millionen verschob. Foto: PD

Millionen zu Oligarchenfamilie

Jahren,
Inzwischen ist der Russe sanktioniert.

menten richtiggestellt wird.» Letztlich geht es hier um das zentrale Motiv bei vielen Russengeschäften: Wem gehört eigentlich was? Das betrifft längst nicht nur die 200 Millionen des Tätowierers. Die Recherche rund um die Milliardengeschäfte der Familie Kerimow und von dessen Freund Studhalter förderten zwei Dutzend Strohpersonen aus der Region Luzern zutage.

Darunter sind Mitarbeiterinnen von Studhalter, Kunden seines Treuhandbüros wie der Tätowierer, Freunde, ja sogar enge Familienmitglieder Studhalters. Etliche sind beruflich nicht dafür qualifiziert, eine international tätige Firma zu führen. Auf dem Papier waren sie bei Geschäften im Umfang von weit über vier Milliarden Dollar dabei.

Anfragen blockten die meisten gleich ab. «Ich habe damit nichts zu tun und gebe keine Auskunft», sagt eine Person brüsk. Eine ältere Frau reagiert emotional, hat fast Tränen in den Augen. Sie war Aktionärin und Direktorin einer Briefkastenfirma, aus der unter ihrer formellen Führung 1,5 Milliarden Dollar als Darlehen zu Kerimow oder dessen Sohn floss. Man frage sich halt, wie so etwas gehe, sagen wir an der Türschwelle zur Frau. «Ja, das habe ich mich auch gefragt», antwortet sie. Dann schliesst sie die Tür wieder.

An der Theke eines Luzerner Beautysalons treffen wir dessen Inhaberin. Sie war Strohfrau von mehreren Firmen. Sie hat gerade keine Zeit, verspricht aber freundlich einen Anruf, um über die Offshore-Geschäfte zu sprechen. Der wird nie kommen. Eine andere Strohperson sagt offen, sie habe Angst vor den Russen und wolle unter keinen Umständen Auskunft geben.

«Mir war nicht mehr wohl»

Nur wenige sind gesprächig. Ein Strohmann erzählt, dass er mit Studhalter einen Vertrag abgeschlossen habe, der ihn von aller Verantwortung entbunden habe. Auf dem Papier führte er eine Briefkastenfirma, aus der eine halbe Milliarde zu Kerimow oder dessen Sohn floss. «Ich habe einfach einmal unterschrieben und dann 4000 Franken pro Jahr erhalten», sagt er. Der Name Kerimow sage ihm überhaupt nichts.

Und dann ist da noch der Präsident der Mitte-Partei einer kleinen Luzerner Gemeinde. Er war Direktor und zu Beginn auch Aktionär einer Firma auf den Britischen Jungferninseln, die eine der wertvollsten Besitztümer Kerimows hielt: eine indirekte Beteiligung an Polyus, dem laut Bloomberg grössten Goldproduzenten Russlands mit einem jährlichen Milliardengewinn.

Sein Engagement sei ein «Freundschaftsdienst» für Alexander Studhalter gewesen, sagt der Mitte-Lokalpolitiker. Aus heutiger Sicht sei das «ein bisschen naiv» gewesen, «ein Fehler». Studhalter habe er als Treuhänder einer Schweizer Firma, für die er damals arbeitete, kennen gelernt. Dann habe Studhalter ihn einmal gefragt, ob er treuhänderisch eine Offshore-Firma übernehmen könnte, für 5000 Franken jährlich. Als er dann später gemerkt habe, um was es da tatsächlich gehe, habe er sich wieder zurückgezogen. «Mir war nicht mehr wohl dabei, und ich wollte nicht in Verbindung stehen mit solchen Leuten», sagt der Mitte-Politiker.

«Der Einsatz von solchen Personen ist nicht verboten», erklärt Experte Thelesklaf. «Aber wenn dann Behörden nach Vermögen suchen, kann es die Ermittlungen erschweren.» Strohpersonen, die Briefkastenfirmen führen, gehen ganz allgemein erhebliche Risiken ein. «Sie können die strafrechtliche Verantwortung nicht abtreten. Sollte es zu Verstössen kommen, wären sie selber haftbar», sagt Thelesklaf.

Studhalter sagt, er habe für eigene Projekte solche Personen rekrutiert, die dann in einem Treuhandverhältnis bei Firmen eingetragen worden seien. «Sporadisch» habe er auch Geschäftspartnern geholfen, solche Personen zu finden, «ohne dabei in die Strukturierung oder Führung einer solchen Gesellschaft involviert gewesen zu sein».

Keine Antwort von Kerimow

Er erklärt weiter, dass alle seine Firmen dem Schweizer Geldwäschereigesetz unterstanden und in der Schweiz geprüft worden seien. Inzwischen seien alle Offshore-Firmen liquidiert worden. Er habe Kerimow niemals geholfen, Vermögen zu verstecken oder zu verschleiern. Zudem sei er seit 2017 nicht mehr in Russland, sondern nur noch in Mitteleuropa tätig. Kerimows Anwälte liessen einen detaillierten Fragenkatalog unbeantwortet.

Wem gehört was? Diese Frage stellt sich nicht nur bei Strohpersonen, sondern auch bei komplizierteren Instrumenten wie Stiftungen und Trusts.

2013 kündigte Kerimow an, sich von Besitztümern zu trennen. Dies, weil damals ein neues Gesetz in Kraft trat, das es russischen Parlamentariern verbot, gewisse ausländische Güter zu halten. Da kam es dem Oligarchen gerade recht, dass er schon Jahre zuvor eine gemeinnützige, steuerbefreite Stiftung in der Schweiz ins Leben gerufen hatte: die Suleiman-Kerimow-Stiftung. Ihr Zweck: Hilfe für «in Not und in Bedrängnis geratene» oder «bedürftige und kranke» Menschen. Stiftungspräsident: Alexander Studhalter.

Stiftung profitierte nicht

Kerimow liess also verlauten, er spende seine Besitztümer dieser Stiftung. Doch in den Datenlecks sieht man, was tatsächlich geschah: Das Vermögen wanderte in Trusts in Liechtenstein. Die wohltätige Schweizer Stiftung wurde zwar als Begünstigte dieser Trusts eingesetzt. Nur hat sie davon wohl nie etwas gemerkt. Die Reichtümer Kerimows erschienen jedenfalls nicht in ihrer Jahresrechnung.

In einen solchen Liechtensteiner Trust kam beispielsweise die Briefkastenfirma, in welcher die Aktien von Polyus lagen, Kerimows russischer Goldfirma. 2014 wurde dann Kerimows Sohn Said als zweiter Begünstigter dieses Trusts eingesetzt. Gegen Ende 2016 wurde die Trust-Vereinbarung noch einmal verändert: Die Stiftung wurde gestrichen, und Kerimows Sohn Said verblieb als einziger Begünstigter der milliardenschweren Goldfirma.

Experten versichern, es sei legal und üblich, Trust-Vereinbarungen so aufzusetzen, dass die Begünstigten jederzeit ausgetauscht werden könnten. Und gemäss der Eidgenössischen Stiftungsaufsicht war die Suleiman-Kerimow-Stiftung auch nicht verpflichtet, die Trusts in ihrer Rechnung offenzulegen.

Doch was heisst es dann, wenn Kerimow sagt, er habe sein Vermögen der Stiftung übertragen, wenn diese gar nichts erhält, dafür der Sohn? Einmal mehr: Wem gehört was?

Immer, wenn man meint, eine Antwort gefunden zu haben, folgt der nächste Widerspruch. In den Datenlecks stossen wir auf ein von Studhalter unterzeichnetes Formular von August 2016. Es weist ihn selber als tatsächlichen Eigentümer der weiter oben erwähnten Firma aus, die 1,5 Milliarden Dollar (und später noch einmal 1,4 Milliarden) an Kerimow oder dessen Sohn geliehen hat. Wir suchen weiter und finden ein zweites Dokument, wieder von Studhalter unterzeichnet. Wieder heisst es darin, er selber besitze die Firma.

Also fragen wir Alexander Studhalter: Was hat es damit auf sich? Zunächst kommt eine Antwort von seinem Sprecher: «Diese Unterlagen sind falsch, da nicht Herr Studhalter, sondern eine unabhängige Drittpartei diese Firma besessen hat.» Dann zeigen wir die Dokumente. Einen halben Tag später kommt eine zweite Antwort: «Die Unterschrift auf dem uns vorgelegten Formular aus dem Jahr 2016 ist uns unbekannt und trägt eine verzerrte elektronische Unterschrift meines Namens.»

Wir vergleichen die Unterschrift mit zahlreichen weiteren Dokumenten, die Studhalter unterzeichnet hat. Sie sieht zum Verwechseln ähnlich aus.

«Diese passive Haltung scheint mir fragwürdig»

Sanktionen Gretta Fenner hilft mehreren Regierungen, Vermögen aufzuspüren und zu beschlagnahmen.

Frau Fenner, was bedeutet es, wenn Vermögen verschachtelt wird?
Es gibt durchaus Gründe, Vermögenswerte diskret zu halten. Aber die Kombination von Strohmännern und -frauen, Briefkastenfirmen in der Karibik und Konten im Baltikum wirft bei mir aufgrund meiner Erfahrung schon Fragen auf. Klar ist: Wenn die Vermögensstrukturen über die ganze Welt gehen, dann bremst das Ermittlungen, weil die Behörden international Informationen nicht so schnell austauschen können.

Ist das also ein Problem, wenn man russische Vermögen suchen muss, etwa im Rahmen von Sanktionen?
Definitiv ja. Theoretisch kann man zwar Auskunft verlangen, wer tatsächlich hinter solchen Konstrukten steht, aber es dauert eben lange. Solche Taktiken geben den Sanktionierten genau die Zeit, die sie brauchen, um ihre Reichtümer in Sicherheit zu bringen.

«Wenn man es in der Schweiz ernst meint mit diesen Sanktionen, dann muss man proaktiver suchen.»

Gretta Fenner
Geschäftsführerin des Basel Institute on Governance

Oft ist bei solchen Konstrukten nicht ganz klar, wem nun was gehört.
Für die Sanktions-Taskforces ist das ein zusätzliches Problem. Denn damit gibt es immer ein Risiko, dass ein Konto oder eine Villa dann tatsächlich jemand anderem gehört. Das kann zu jahrelangen Gerichtsprozessen führen und die Behörden lähmen. In vielen Finanzzentren, auch in der Schweiz, gibt es noch viele Gesetzeslücken, wenn es darum geht, festzustellen, wer eine Firma wirklich kontrolliert.

Macht denn die Schweiz genug bei der Suche nach Vermögen von Sanktionierten?
Das Seco hat von einer Bringschuld der Banken, Kantone etc. gesprochen. Diese passive Haltung scheint mir fragwürdig unter den aktuellen Gegebenheiten. Wenn man es in der Schweiz ernst meint mit diesen Sanktionen, dann muss man proaktiver suchen; man könnte sich beispielsweise auch der europäischen Taskforce anschliessen.

Oliver Zihlmann